

Verwaltung

Herr Thenhausen	Umweltamt	(zu TOP 5.1)
Herr Weigel	Bauamt	(zu TOP 7 und 8)
Herr Kühn	Amt für Verkehr	(zu TOP 9)
Frau Jack	Volkshochschule	(zu TOP 10)
Herr Buncher	Schulamt für die Stadt Bielefeld	(zu TOP 11)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötzke	Bezirksamt Heepen	
Frau Rosendahl	Bezirksamt Heepen	Schriftführerin

Externe

Frau Rosenträger	Büro Tischmann Schrooten	(zu TOP 7)
Herr Sprenger	Grundschule Brake	(zu TOP 11)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Sternbacher verabschiedet Frau Rosendahl, die in der heutigen Sitzung zum letzten Mal als Schriftführerin anwesend ist, und dankt ihr für ihre Tätigkeit.

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er weist darauf hin, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmeapparates aufgezeichnet werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher teilt mit, dass fristgerecht, allerdings nach Versendung der Einladung zwei Anfragen eingegangen seien, die unter TOP 4.3 und 4.4 behandelt werden. Weiterhin regt er an, den TOP 11 aufgrund weiterer Termine der Berichtersteller zeitlich vorzuziehen.

Die Bezirksvertretung stimmt zu und die Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

a) Aushang der Tagesordnung der heutigen Sitzung

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) bemängelt, dass im Internet der Aushang mit der Tagesordnung der heutigen Sitzung nicht hinterlegt worden sei.

Bezirksbürgermeister Sternbacher sagt die Weitergabe an die Verwaltung zu.

b) Schotter auf dem Randstreifen der Milser Straße

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) erklärt, dass Schotter auf dem Randstreifen der Milser Straße Höhe Moenkamp aufgetragen worden sei, allerdings wurde dieser nicht verfestigt und liege nun hauptsächlich neben dem Randstreifen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass die Straßenbaulast bei Straßen.NRW liege und sagt die Weitergabe an die Verwaltung zu.

c) Warnbarke im Bereich der Endstation der Stadtbahnlinie 2

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) erklärt, dass im Bereich der Endstation der Linie 2 zwischen dem Wendehammer und der Stichstraße immer noch eine Warnbarke stehe, obwohl die Baumaßnahmen seit 2 Jahren beendet seien.

Bezirksbürgermeister Sternbacher sagt die Weitergabe an die Verwaltung zu.

d) Anliegerbeiträge Buschbachweg

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) bezieht sich auf seine Einwohnerfrage in der Sitzung vom 25.01.2018 und erklärt, dass seine Frage darauf abgestellt habe, warum nun Anliegerbeiträge bei der Erneuerung der Beleuchtung erhoben worden seien. Seiner Meinung nach wurde beim Ausbau der Endstation der Linie 2 versprochen, dass keine Kosten auf die Anwohner zukommen. Weiterhin habe sich die Qualität der Beleuchtung aus seiner Sicht deutlich verschlechtert, vor allem weil der Bürgersteig vor der Hausnummern 42 bis 50 nicht mehr beleuchtet werden und er nun die Antwort erhalten habe, dass die Stadt dafür nicht zuständig sei.

Herr Skarabis erklärt, dass die Erneuerung der Beleuchtung im Buschbachweg unabhängig von den Baumaßnahmen zu der Endstation zu sehen sei und daher hierfür Anliegerbeiträge erhoben worden seien. Weiterhin handle es sich bei dem Stück zwischen Hausnummer 42 und 50 um eine Privatstraße und diese werden grundsätzlich nicht von der Stadt beleuchtet.

Herr Kettner erklärt, dass aus seiner Sicht diese Aussagen nicht zutreffend seien. Zum einen sei die Umgestaltung der gesamten Straße Buschbachweg im Zuge des Ausbaus der Endstation erfolgt und damals hätte es Zusagen gegeben, dass keine Anliegerbeiträge für diese Maßnahmen erhoben werden. Weiterhin sehe er durch das Anbringen der LED-Beleuchtung eine allgemeine Verschlechterung der Straßenbeleuchtung.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass die LED-Beleuchtung andere Bereiche ausleuchten als die vorherigen Lampen. Hier bittet er die Verwaltung um Überprüfung der Qualität. Weiterhin bittet er die Verwaltung um eine Stellungnahme zu den Anliegerbeiträgen.

e) Container an der Herforder Straße

Herr Meyer (Einwohner des Stadtteils Brake) erklärt, dass die Container an der Herforder Straße mittlerweile leer stehen und die BGW seit dem 01. April 2018 keine kontinuierlichen Kontrollen mehr durchführe. Er fragt, wie die Container im Wert erhalten werden und was dafür getan werde, dass die Container verkauft oder an anderer Stelle genutzt werden könnten. Außerdem sollte aus seiner Sicht über eine Änderung des Bebauungsplanes in dem Bereich nachgedacht werden, damit die Fläche weiterhin sinnvoll genutzt werden könnte.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass das Sozialamt zunächst die Freigabe der Container erklären müsse und dann der ISB die weitere Verwendung der Container planen könne. Dies sei aufgrund der Beschaffenheit der Container nicht so einfach, die Bezirksvertretung werde aber weiter den Prozess begleiten und den Sachstand dazu einfordern.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksbürgermeister Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 32. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 01.03.2018**

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 32. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 01.03.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 **Bodenhülse Marktplatz Wefelshof (vgl. u.a. BV Heepen – 06.04.2017 – TOP 6.2)**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Information des Bezirksamtes Heepen vom 20.03.2018.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) beklagt, dass der Prozess zur Einrichtung der Bodenhülse so lange gedauert habe.

Herr Skarabis erklärt, dass die Bodenhülse im Frühsommer eingebaut werde und nicht schon vor dem 01.05.2018, da in dem Fall eine Restbaustelle nicht auszuschließen sei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 3.1 *

-.-.-

3.2 **Fahrrad-Schutzstreifen entlang der Milser Straße (vgl. BV Heepen – 12.10.2017 - TOP 6.2)**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Stellungnahme vom Amt für Verkehr vom 28.03.2018.

Herr Quisbrock erhält zu seiner Einwohnerfrage in der Sitzung vom 14.09.2017 zu der Thematik eine gleichlautende Antwort.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 3.2 *

-.-.-

3.3 **Neuaufgabe der Schulwegpläne für die städtischen Grundschulen für die Schuljahre 2018/2019 und 2019/2020**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Information des Bezirksamtes Heepen vom 03.04.2018.

Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald erklärt, dass aus ihrer Sicht manche Schulen schwer in der Karte zu finden seien, unter anderem die Grundschule Oldentrup.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 3.3 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.4 **Bäume an der Salzufler Straße**

Herr Skarabis erklärt, dass an der Salzufler Straße Ecke Heeper Straße zwei Bäume entfernt werden mussten, da einer bei dem Sturm umgeknickt und einer marode gewesen sei. Eine Ersatzpflanzung an den Stellen kann aufgrund der Abstandsflächen in Absprache mit dem Umweltamt nicht erfolgen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 3.4 *

-.-.-

3.5 **Sachstand der Ausbauplanung der L 712 n (vgl. u.a. BV Heepen – 25.01.18 – TOP 4.1)**

Herr Skarabis berichtet, dass die Kläger beim Oberverwaltungsgericht Münster die Begründung für ihre Klage gegen die Unzulässigkeit der Berufung fristgerecht eingereicht haben. Die Entscheidung über die Zulässigkeit der Klage könne allerdings bis zu einem Jahr dauern.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 3.5 *

-.-.-

3.6 Einladung zur Vernissage

Zu Beginn der Sitzung wurde die Einladung zur Vernissage „Dieter Roth: Grundformen und Konstrukte – Malerei“ am 16.05.2018 um 19.00 Uhr in der Galerie in der Alten Vogtei verteilt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 3.6 *

-.-.-

3.7 Handbuch und Fernsprechverzeichnis der Stadtverwaltung

Alle Bezirksvertretungsmitglieder, die nicht dem Rat der Stadt Bielefeld angehören, haben zu Beginn der Sitzung das Handbuch und Fernsprechverzeichnis der Stadtverwaltung erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 3.7 *

-.-.-

3.8 Broschüre „natur erleben“

Alle Bezirksvertretungsmitglieder haben zu Beginn der Sitzung eine Ausgabe der Broschüre „natur erleben“ erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 3.8 *

-.-.-

3.9 Haushaltsplan 2018 der Stadt Bielefeld

Zu Beginn der Sitzung haben alle Bezirksvertretungsmitglieder eine CD mit dem Haushaltsplan 2018 der Stadt Bielefeld erhalten.

Herr Skarabis bittet die Fraktionen und Einzelvertreter eine Rückmeldung zu geben, ob diese CDs auch in den kommenden Jahren benötigt werden, oder ob der online verfügbare Haushalt ausreiche.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 3.9 *

-.-.-

3.10 Sachstand Empfehlungen der "AG Grabeland" (vgl. BV Heepen – 01.03.2018 – TOP 9)

Herr Skarabis erläutert zu den in der letzten Sitzung offen gebliebenen Fragen, dass die roten Pfeile in dem Luftbild der Vorlage eigentlich „Spa-

ten“ seien, die als Symbol im Online-Kartendienst die Grabelandflächen darstellen. Die Fläche habe 48 Pachtflächen und diese seien zu 100 % verpachtet.

Das Flurstück 535 könne nicht zur Wohnbebauung genutzt werden, da dieses als Versorgungsfläche dem Klärwerk Heepen zugeordnet sei und aufgrund der Nähe zum Klärwerk Geruchs- und Lärmimmissionen nicht auszuschließen seien.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 3.10 *

-.-.-

3.11

Vermarktung der Kindertagesstättenfläche Am Alten Bauhof

Herr Skarabis erklärt, dass die Ausschreibung zum Verkauf der unbebauten Fläche Am Alten Bauhof zur Errichtung einer Kindertagesstätte Mitte April erfolgen werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 3.11 *

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Betreuung in den städtischen Kindertagesstätten bei außerordentlichen Schließungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6456/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Anfrage der CDU-Fraktion:

Im Laufe eines Kindergartenjahres kommt es mitunter zu außerordentlichen Schließungen der KiTas (Personalversammlung, Warnstreik, usw.), die die Eltern vor die Herausforderung stellen, eine angemessene Betreuung für ihre Kinder zu organisieren. Die städtischen KiTas bieten für Härtefälle in manchen Fällen Ersatzbetreuung an. Zu diesem Angebot bitten wir um Beantwortung der folgenden Anfrage:

Wie wird im Stadtbezirk eine adäquate Versorgung der Kinderbetreuung sichergestellt?

Zusatzfrage:

Decken die Ersatzbetreuungsangebote den Bedarf?

In welcher Form werden die Eltern über die Ausgestaltung der Ersatzbetreuung informiert?

Erläuterung:

Die Frage nach dem "Wie" umfasst dabei sowohl die örtliche Frage, die Frage nach den Betreuungskapazitäten, die Frage nach dem Personalschlüssel als auch die Frage nach pädagogischen Maßnahmen, die für das Auffangen der besonderen Situation vorgesehen werden.

Herr Skarabis verweist auf die zu Beginn der Sitzung verteilte Antwort des Dezernates Soziales.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) bedankt sich für die umfassende Antwort, die aus seiner Sicht für eine bessere Nachvollziehbarkeit der Prozesse bei den Eltern führen werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 4.1 *

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Stelen auf dem Braker Friedhof

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6458/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Die Stelen auf dem Braker Friedhof werden als Alternative zu traditionellen Bestattungsformen stark nachgefragt, so dass – nach unseren Informationen- die Kapazität bereits annähernd erschöpft ist.

Frage:

Wie viele Kammern stehen z.Zt. noch zur Verfügung?

Zusatzfrage:

Stehen für den nächsten Bauabschnitt die Mittel zur Verfügung – und wann ist mit der Umsetzung zu rechnen?

Herr Skarabis verliest die Antwort des Umweltbetriebes:

„Insgesamt gibt es 48 Urnenkammern in 12 Stelen auf dem Neuen Friedhof in Brake. Im Durchschnitt haben in den letzten Jahren zwischen vier und neun Bestattungen pro Jahr in Urnenkammern stattgefunden. Mit Stand April 2018 gab es noch 18 freie Kammern auf dem Braker Friedhof. Unterstellt man einen jährlichen Bedarf von rund acht Kammern, wäre das bestehende Angebot noch bis zum Jahr 2020 auskömmlich.“

Im Investitionsplan des Umweltbetriebes wird ein jährlicher Pauschalbetrag für Stelenanlagen berücksichtigt. Die Erweiterung der Stelenanlage auf dem Neuen Friedhof in Brake würde bedarfsgerecht aus den Mitteln finanziert.“

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Zustand der Park- bzw. Grünstreifen an der Ludwig-Erhard-Allee

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6492/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Anfrage der CDU-Fraktion:

Oldentruper Bürgerinnen und Bürger bemängeln den Zustand auf den Parkstreifen bzw. den Grünstreifen an der Ludwig-Erhard-Allee, insbesondere die zunehmende Vermüllung (Glasscherben, Exkremente, Abfall).

Frage:

Wie beurteilt die Verwaltung die aktuelle Situation?

Zusatzfrage:

Welche Maßnahmen sind zur Verbesserung der Situation zu ergreifen?

Herr Skarabis verliest die Antwort des Umweltbetriebes:

„Die Grünunterhaltung ist für die Pflege und Unterhaltung der Vegetationsflächen und Gehölze zuständig. Es ist augenscheinlich so, dass insbesondere der Abschnitt der Ludwig-Erhard-Allee zwischen dem Kreisverkehr Bechterdisser Straße und der Straße Oldernholz betroffen ist. Der befestigte Streifen auf der Westseite der Straße ist ausschließlich für die Nutzung durch LKW vorgesehen. Er dient als Park- und Abstellfläche von Sattelzügen, Anhängern, Zugmaschinen etc. Dort stehen vorrangig Fahrzeuge mit auswärtigen Kennzeichen, die offensichtlich dort auch länger pausieren bzw. sogar übernachten. Die Vermüllung ist aus unserer Sicht auch auf diese Tatsache zurück zu führen.“

Die Aufstellung von Abfallbehältern und mobilen Toiletten würde die Situation sicherlich entschärfen. Es ist grundsätzlich zu prüfen, wie ein solches Angebot finanziert, durchgesetzt und unterhalten werden könnte. Unter Berücksichtigung der Gründe, warum die Fahrzeuge und Fahrer dort parken und sich aufhalten, empfehlen wir, die anliegenden Firmen in einen Klärungsprozess einzubeziehen. Es kann nicht sein, dass dieser Missstand ausschließlich auf Kosten der Allgemeinheit behoben wird.“

Herr Skarabis ergänzt, dass die Probleme bereits seit 1999 bestehen und schon damals Gespräche mit der WEGE mbH und den Unternehmen geführt worden seien, ohne eine dauerhafte Lösung zur Verbesserung der Situation zu finden. Weiterhin werde nach Auskunft der Abteilung Straßenreinigung der Parkstreifen einmal wöchentlich freitagnachts gereinigt. Der Bürgersteig am Wall wird ebenfalls einmal wöchentlich gereinigt. Zusätzlich können bei größeren Verschmutzungen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsgruppe „Saubere Stadt“ angefordert werden.

Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald erklärt, dass mit dieser Antwort das Problem nicht beseitigt werde. Aus ihrer Sicht müssten andere Maßnahmen, wie z.B. Kontrollen durch das Ordnungsamt durchgeführt werden. Der Bereich sei kein Campingplatz und befinde sich in einem sehr schlechten Zustand. Sie bemängelt, dass der Parkstreifen freitagnachts gereinigt werde, da dann aus ihrer Sicht am meisten Fahrzeuge auf dem Parkstreifen stehen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass die anliegenden Unternehmen kaum Einfluss auf die LKW-Fahrer haben, da diese hauptsächlich bei Subunternehmen beschäftigt seien.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 4.3 *

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Öffnungszeiten der Bürgerberatungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6501/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

Die Stadtverwaltung hat seit Beginn des Jahres 2016 die Öffnungszeiten aller Bürgerberatungen dramatisch verkürzt um ein fragwürdiges Einsparziel zu erreichen.

Diese Maßnahme sorgt seit ihrer Einführung für unerträglich lange Wartezeiten und völliges Unverständnis in der Bevölkerung.

Frage:

Warum wird eine Entscheidung nicht revidiert, wenn sie nicht funktioniert?

Zusatzfragen:

Warum wird der erklärte Bürgerwille missachtet (in Brake wurden zweimal über 2.000 Unterschriften gesammelt)?

Was ist der tiefere Sinn, dass Berufstätige in Brake nicht mehr die Bürgerberatung nutzen können?

Herr Skarabis erklärt, dass die Verwaltung aufgrund eines Ratsbeschlusses vom Mai 2017 zurzeit dabei sei, eine Informationsvorlage zur aktuellen Situation in der Bürgerberatung zu erstellen. Die Beratung in der Bezirksvertretung Heepen sei für den 17.05.2018 vorgesehen. Daher werde die Anfrage in der heutigen Sitzung nicht beantwortet.

Herr Schatschneider (Die Linke) erklärt, dass aus seiner Sicht in der heutigen Sitzung eine Antwort hätte erfolgen müssen. Er äußert sein Unverständnis darüber, dass Geld zur Rettung von Arminia Bielefeld vorhanden sei, aber beim Service für die Bürgerinnen und Bürger gespart werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass gemäß § 17 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Bielefeld, die Verwaltung die sofortige Beantwortung von Anfragen ablehnen könne, wenn hierfür besondere Gründe vorliegen. Dann könne die Antwort in der folgenden Sitzung erfolgen. Somit sei der Verwaltung die Gelegenheit zu geben, die Fragen im Rahmen des Tagesordnungspunktes in der kommenden Sitzung zu beantworten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 4.4 *

-.-.-

Zu Punkt 5 **Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung**

Zu Punkt 5.1 **Freiraumplanerisches Rahmenkonzept Luttergrünzug**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5915/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher berichtet, dass es ein Gespräch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern im Bereich des Hofes Meyer zu Heepen gegeben habe, bei denen die betroffenen Punkte des Konzeptes besprochen worden seien.

Herr Thenhausen (Umweltamt) erklärt, dass der barrierefreie Rundgang um den Leithenhof als Angebot für ältere Menschen, besonders auch für die Bewohner des Leithenhofes gedacht sei. An mehreren Stellen gebe es Punkte, um das Wasser zu erleben, z.B. beim Zusammenfluss der Lutter und des Baderbaches. Der geplante Weg südlich der alten Mühle verlaufe durch den Brutplatz von Graureihern.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die besprochenen Punkte der Einwohnerversammlung zusammen. Der barrierefreie Weg rund um den Leithenhof verlaufe durch sensible Bereiche für seltene Flora und Fauna und käme im weiteren Verlauf direkt an den Pferdekoppeln des Reitvereins vorbei. Auch aus Sicht des Leithenhofes sei der Weg nicht nötig, daher werde dieser Weg abgelehnt. Als wichtige Wegeverbindung werde der parallel zur Heeper Straße geplante Weg gesehen. Der Weg südlich der alten Mühle sei entbehrlich, zumal er mitten durch die Brutkolonie verlaufe und somit der Eingriff in die Natur größer als der Nutzen sei. Der Weg zwischen der Brücke über die Lutter und dem bereits asphaltierten Weg Richtung alter Mühle soll soweit ertüchtigt werden, dass dieser auch mit Rollatoren zu nutzen sei.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) erklärt, dass er die Schaffung des Parallelweges zur Heeper Straße ebenfalls positiv sehe und die anderen Wege nicht umgesetzt werden sollten. Grundsätzlich begrüße er das Konzept und weitere Diskussionen müssten im Bezirk Mitte erfolgen. Allerdings habe für ihn oberste Priorität, dass der Hochwasserschutz für Heepen gesichert sei.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass auch aus seiner Sicht der Hochwasserschutz gewährleistet sein müsse. In dem Zusammenhang bittet er die Verwaltung um einen Bericht zu den geplanten Maßnahmen der Brückensanierungen, die in der Presse schon erläutert worden seien.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schließt sich den Überlegungen an.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Der geplante Rundweg und der geplante Weg südlich der alten Mühle werden nicht umgesetzt.
2. Der Weg zwischen der Brücke über die Lutter und dem bereits asphaltiertem Weg wird ertüchtigt.
3. Der Parallelweg zur Heeper Straße soll auf jeden Fall verwirklicht werden.
4. Der Hochwasserschutz für Heepen ist bei allen Maßnahmen zu berücksichtigen.
5. Dem freiraumplanerischen Rahmenkonzept für den Luttergrünzug wird unter den o.g. Einschränkungen für den Bereich des Stadtteils Heepen zugestimmt.
6. Die Umsetzung von Einzelmaßnahmen bedarf eines Beschlusses mit Finanzierungsplan.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen –

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 5.1 *

-.-.-

Zu Punkt 6 Anträge

Zeitlich behandelt vor TOP 5 im öffentlichen Teil

Zu Punkt 6.1 Weg entlang der Bahnlinie/Verlängerung Uferstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6461/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Modalitäten mit der DB abzuklären mit dem Ziel, entlang der Bahn zwischen Uferstraße und Jerrendorfweg einen begehbaren Fußweg anzulegen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) erklärt, dass er den Antrag dahingehend erweitern möchte, dass über den Stand der Verhandlungen ein Bericht nach den Sommerferien erfolgen soll. Weiterhin verweist er auf die schriftliche Antragsbegründung:

Seit Jahren ist dieser Abschnitt aus der Sicht der Bezirksvertretung eine wichtige Wegeverbindung zwischen Brake und dem Obersee. Er wurde auch mehrmals priorisiert. Geschehen ist bisher nichts wegen der diversen Zuständigkeiten. Zuletzt wurde offensichtlich im Zusammenhang mit Baumschnittaktionen ein Teilstück (Nähe Jerrendorfweg) regelrecht umgepflügt und unbegehrbar gemacht.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Modalitäten mit der DB abzuklären mit dem Ziel, entlang der Bahn zwischen Uferstraße und Jerrendorfweg einen begehbaren Fußweg anzulegen. Über den Stand der Verhandlungen soll ein Bericht nach den Sommerferien erfolgen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen –

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 6.1 *

-.-.-

Zu Punkt 6.2

Sanierung der Toiletten-Anlage der Grundschule Brake

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6463/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss der Bezirksvertretung Heepen zur Grundschule Brake (Drucksachen-Nr.: 5506/2014-2020) zeitnah umzusetzen.

Herr Schatschneider (Die Linke) erklärt, dass die Priorisierung der OGS-Maßnahmen in 2015 erfolgt sei und seiner Kenntnis nach die Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung keine Notwendigkeit sehe, diese zu verändern. Aus seiner Sicht ist dies eine Missachtung des Beschlusses der Bezirksvertretung.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass die Bezirksvertretung den Schul- und Sportausschuss lediglich bitten könne, ihren Beschluss zu überdenken, Aufträge können grundsätzlich nur an die Verwaltung erfolgen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schlägt vor, in der nächsten Sitzung einen Tagesordnungspunkt zur OGS-Situation im gesamten

Stadtbezirk zu behandeln.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) erklärt, dass er die Erwartung habe, dass jeder Beschluss zeitnah umgesetzt werde und daher seine Fraktion dem Antrag in der Form nicht zustimmen könne. Einen Bericht über die allgemeine OGS-Situation habe es bereits im Januar gegeben. Die Neupriorisierung für den OGS-Ausbau, ausdrücklich auch für die Grundschule Brake, wurde in der Januar-Sitzung der Bezirksvertretung beschlossen und zu dem Antrag gebe es bisher noch keine offiziellen Informationen. Diese müssten zunächst abgewartet werden, um dann ggf. die Sanierung der Toiletten-Anlage von dem Umbau der OGS abzukoppeln. Allerdings müsse die Situation an der Grundschule Brake ganzheitlich betrachtet werden, da aus seiner Sicht eine frühzeitigere Sanierung der Toiletten unter Umständen auch dazu führen könnte, dass der Druck auf den OGS-Umbau geringer werde.

Frau Kreye (Bündnis 90/Die Grünen) stimmt den Vorschlag von Herrn Dr. Elsner zu, erst einmal Informationen zum Sachstand zu sammeln. Die Dringlichkeit der Toiletten-Sanierung stehe aus ihrer Sicht außer Frage.

Herr Schatschneider betont erneut, dass es in der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung keine Neupriorisierung gegeben habe und somit der OGS-Ausbau erst in mehreren Jahren erfolgen werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher schlägt vor, dass es in der nächsten Sitzung einen Tagesordnungspunkt geben soll, in dem der Sachstand erläutert werde. Darin soll u.a. die Verwaltung mitteilen, welche Gruppen getagt haben und zu welchem Ergebnis diese gekommen seien. Anschließend könne dann über den vorliegenden Antrag beschlossen werden.

Herr Dr. Elsner ergänzt, dass er im Vorfeld der nächsten Sitzung eine schriftliche Stellungnahme zum Umgang mit dem Beschluss vom 25.01.2018 erwarte.

- vertagt -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 6.2 *

-.-.-

Zu Punkt 7

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/3/43.00 "Wohnen am Rabenhof" für das Gebiet südlich Hagenkamp, östlich Meckauerstraße, nördlich Eckendofer Straße und westlich Rabenhof im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB

- Stadtbezirk Heepen -

- Beschluss über Stellungnahmen

- Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6279/2014-2020

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) erklärt, dass das vom Bauamt für die Bezirksvertretungsmitglieder erstellte Vorblatt zum Bebauungsplan sehr positiv sei und aus seiner Sicht die Arbeit deutlich erleichtert. Anschließend bezieht er sich auf die Anregung eines Grundstückseigentümers auf Seite A15 und erklärt, dass bei Nachverdichtungen in einem Gebiet besonders die Interessen der Alteigentümer berücksichtigt werden sollten, hier sei den Anregungen allerdings nicht gefolgt worden.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bekräftigt erneut den Wunsch aus der Bezirksvertretung, dass die Flurstücke der Einwenderinnen und Einwender angegeben werden.

Herr Weigel (Bauamt) geht auf die Einwendung ein und erklärt, dass das Baufenster im neuen Bebauungsplan einen Abstand von 14 m zu dem Bestandsgebäude habe, im vorherigen Plan hätte mit einem Abstand von 8 m gebaut werden können. Außerdem sei die öffentliche Angabe von Flurstücken der Einwenderinnen und Einwender aus Datenschutzgründen problematisch.

Herr Wäschebach bittet dann um eine nichtöffentliche Information zu den Flurstücken.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass es aus seiner Sicht wichtig sei, dass sich durch den Neubau die Situation des Altbestandes nicht verschlechtert. Vielmehr müsse die Neuplanung sich an den Altbestand anpassen.

Frau Rosenträger (Büro Tischmann und Schrooten) erklärt, dass eine max. Firsthöhe von 9 m weiterhin gelte, auch wenn nun anstelle einer 1,5-geschossigen Bauweise eine zweigeschossige Bauweise erlaubt sei. Somit wäre ein Neubau nicht höher als die Bestandsgebäude.

Herr Dr. Elsner erklärt, dass die Firsthöhe und die Dachneigung das Gebäude beschränken würde und nicht die Geschossigkeit und somit die Höhe aus seiner Sicht gut geregelt sei. Allerdings seien die Belange der Alteigentümer besonders zu berücksichtigen und somit wäre aus seiner Sicht eine mögliche Option, das Baufenster nach Süden zu verschieben.

Herr Weigel erklärt, dass bei einer Verschiebung des Baufensters nach Süden der Satzungsbeschluss nicht gefasst werden könnte, sondern

erneut die Beteiligungsschritte erfolgen müssten. Auf Nachfrage von Herrn Wäschebach erläutert er, dass der Satzungsbeschluss auch bei einer geringen Verschiebung nicht gefasst werden könne.

Frau Rosenträger ergänzt, dass eine Verschiebung nach Süden für den Neubau einen zu großen Nordgarten zur Folge hätte und dass dadurch wiederum andere Nachbargrundstücke betroffen sein könnten.

Herr Wäschebach erklärt, dass aus seiner Sicht die anderen Nachbargrundstücke aufgrund eines höheren Abstandes durch eine Verschiebung nicht betroffen seien.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verdeutlicht, dass das Bauvorhaben nicht verhindert werden soll, aber die Interessen der Eigentümer der Bestandsgebäude besonders berücksichtigt werden sollten. Daher beantragt er eine kurze Sitzungsunterbrechung, damit sich die Fraktionen beraten können.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung stimmen einer kurzen Unterbrechung zu.

- *Von 19.50 bis 19.55 Uhr unterbricht Bezirksbürgermeister Sternbacher die öffentliche Sitzung für die beantragte Beratung. -*

Bezirksbürgermeister Sternbacher verdeutlicht noch einmal den Grundsatz der Bezirksvertretung, dass der Altbestand eine hohe Priorität hat und eine Verschlechterung zu vermeiden sei. Der Beschluss solle dahingehend ergänzt werden, dass der Stadtentwicklungsausschuss gebeten werde, die Einwendung des Alteigentümers noch einmal genau zu betrachten und bei der Entscheidung zu berücksichtigen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

- 1. Den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB wird gemäß Vorlage Anlage A.1 (Ifd. Nrn. 1-16) gefolgt bzw. nicht gefolgt, der Einarbeitung in das Planverfahren wird zugestimmt.**
- 2. Den Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit im Verfahren gemäß § 3 (2) BauGB wird gemäß Anlage A.2 nicht gefolgt (Ifd. Nrn. 1, 2).**
- 3. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange im Verfahren gemäß § 4 (2) BauGB mit allgemeinen Hinweisen werden gemäß Anlage A.2 (Ifd. Nrn. 3 - Bezirksregierung Detmold, 5 - Untere Naturschutzbehörde, 6 - Untere Wasserbehörde/untere Abfallbehörde/untere Bodenschutzbehörde, 7 - Untere Denkmalbehörde) zur Kenntnis genommen. Der verbleibenden Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange (Ifd. Nr. 4 - Stadt-**

werke Bielefeld GmbH) wird gemäß Anlage A.2 teilweise gefolgt.

4. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen und Ergänzungen der Planunterlagen werden gemäß Anlage A.3, Punkte A.3.1 bis A.3.8 beschlossen.
5. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/3/43.00 „Wohnen am Rabenhof“ wird als Satzung gemäß § 10 (1) BauGB beschlossen.
6. Die Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/3/43.00 „Wohnen am Rabenhof“ wird gebilligt.
7. Der Satzungsbeschluss für die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/3/43.00 „Wohnen am Rabenhof“ ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.
8. Die Bezirksvertretung Heepen bittet den Stadtentwicklungsausschuss die Einwendung des Alteigentümers noch einmal genau zu betrachten und bei der Entscheidung zu berücksichtigen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen –

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8

Beratung über eine geringfügige Anpassung der Erschließung an der Straße Heitland im Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplans Nr. III/A14 "Interkommunales Gewerbegebiet OWL, Teilabschnitt Bielefeld Hellfeld"
- Stadtbezirk Heepen -

Grundsatzbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6438/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt auf Nachfrage von Herrn Wäschbach (SPD-Fraktionsvorsitzender), dass ein Grundsatzbeschluss eine besondere Bedeutung habe und als Grundlage für weitere daraus resultierende Entscheidungen diene.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der gemäß in der Beschlussvorlage und der Abbildung in der Anlage A abweichend dargestellten Erschließung zur Verlegung eines Wendehammers in Richtung Westen an der Straße Heitland im Plangebiet des rechtsverbindlichen Bebauungsplans Nr. III/A14 "In-

terkommunales Gewerbegebiet OWL, Teilabschnitt Bielefeld Hellfeld“ wird grundsätzlich zugestimmt.

- einstimmig beschlossen –

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 8 *

-.-.-

Zu Punkt 9

Anlage von Parkplätzen entlang des Amtsplatzes in Heepen **Variantenvergleich und weiteres Vorgehen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6411/2014-2020

Herr Skarabis erklärt, dass es in der Begründung eine Veränderung unter 3.1 gebe. Für den Wochenmarkt müssen die Poller nicht versetzt werden.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) beklagt, dass die Umsetzung des Beschlusses sehr lange gedauert habe und bittet darum, das Geld für die Maßnahme in den Haushalt einzustellen.

Herr Euler (SPD) bittet darum, die möglichen Rückforderungen von Fördergeldern noch einmal konkreter darzustellen, da es sich um ein mögliches Risiko von 240.000 Euro handle.

Frau Kreye (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass aus ihrer Sicht die Variante 2 am ehesten akzeptabel sei, aber nur, wenn keine hohen Rückforderungen anfallen. Grundsätzlich sei sie gegen eine Anlage weiterer Parkplätze.

Herr Kühn (Amt für Verkehr) erklärt, dass die Gelder für die Maßnahme in den Haushalt 2020 eingestellt werden könnten. Für die Umgestaltung des Amtsplatzes habe es Fördermittel aus der Städtebauförderung mit einer Zweckbindungsfrist von 20 Jahren gegeben. Da die Schlussrechnung erst 2003 erstellt worden sei, laufe diese erst im Juni 2023 aus. Wie hoch eine mögliche Rückzahlung sei, könne heute noch nicht beziffert werden, dazu müssten noch Gespräche mit der Bezirksregierung und dem Landesrechnungshof geführt werden.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schlägt vor, den Beschluss dahingehend zu ergänzen, dass die Mittel für das Finanzjahr 2020 eingestellt werden, eine Realisierung der Maßnahme aber nur erfolgen soll, wenn keine Rückforderungen entstehen.

Herr Dr. Elsner erklärt, dass die reinen Kosten der Maßnahme in Höhe von 15.500 Euro eingestellt werden sollen. Wenn es dann aufgrund von Rückforderungen teurer werde, könnte die Maßnahme nicht umgesetzt werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher ergänzt, dass die aufgeführten Veranstaltungen in der Begründung keine abschließende Aufzählung seien, sondern auch mögliche zukünftige Veranstaltungen von einem Versetzen der Poller betroffen sein könnten.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Die Variante 2 wird umgesetzt.
2. Die Haushaltsmittel werden für das Finanzjahr 2020 zur Verfügung gestellt.
3. Die Maßnahme wird nur umgesetzt, wenn keine Rückforderungen von Fördergeldern anfallen.

Dafür: 14 Stimmen

Dagegen: 1 Stimme

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen-

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 9 *

Zu Punkt 10

Programm der Volkshochschule - Nebenstelle Heepen - Studienjahr 2018/2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6366/2014-2020

Frau Jack (VHS) berichtet, dass die Schulleitungen der Grund- und Hauptschulen einen Bedarf für einige Eltern im Bereich Deutsch als Fremdsprache angemeldet haben. Dafür seien nun Fördergelder beantragt worden, so dass voraussichtlich ab September eine Deutschförderung auch in den Heeper Schulen während der Schulzeit der Kinder stattfinden könne.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) lobt das lebendige Programm der VHS und fragt, ob die Bezirksvertretung bei konkreten Problemen behilflich sein könne.

Frau Jack erklärt, dass aus ihrer Sicht Heepen gut ausgestattet sei, besonders das Gemeinschaftshaus in Brake. Bei den Bürgerinnen und Bürgern gebe es ein großes Interesse an den Angeboten.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fragt, warum nicht mehr Kurse in den Schulen im Bezirk stattfinden würden.

Frau Jack erklärt, dass die VHS Kurse in der Realschule und im Gymnasium durchführe. Die Grundschulen seien aufgrund der Größe der Möbel nicht geeignet. In der Ernst-Hansen-Schule finden Kochkurse statt, allerdings gebe es dort Probleme mit dem Inventar, unter anderen würden zwei Herde nicht funktionieren. Die Gemeinschaftshäuser werden außerdem gerne genutzt, weil sie gut ausgestattet seien und keine zusätzlichen Hausmeisterkosten anfallen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung, die angesprochenen Mängel zu beheben.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen beschließt das VHS-Programm 2018/2019 für den Stadtbezirk Heepen.

- einstimmig beschlossen –

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 10 *

Zu Punkt 11

Erfahrungsbericht über den mennonitischen Religionsunterricht an der Grundschule Brake

Zeitlich behandelt vor TOP 5 im öffentlichen Teil

Herr Buncher (Schulamt für die Stadt Bielefeld) erklärt, dass das Land NRW in seiner Verfassung vorsehe, dass der Religionsunterricht in Abstimmung mit den anerkannten Religionsgemeinschaften und Kirchen erteilt werde. Die meisten mennonitischen Kinder nehmen am evangelischen Religionsunterricht teil, hier habe es aber einen Antrag der Mennonitischen Brüdergemeinden beim Land gegeben, so dass der Religionsunterricht aufgrund eines Erlasses von 2016 im Rahmen eines Schulversuches eingeführt worden sei. Auf der Homepage der Qua-Lis NRW (www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-grundschule/) können die Lehrpläne eingesehen werden. Grundsätzlich werde Schulunterricht von Lehrern als Landesbeamte durchgeführt, dies ist aber häufig bei Religionsunterricht nicht leistbar, so dass die Gemeinden eigene Lehrkräfte benennen können.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) fragt, nach welchen Kriterien die Schulen für den Schulversuch ausgewählt worden seien und wie die Mehrarbeit bei den Schulen aufgefangen werde.

Herr Buncher erklärt, dass die Auswahl aufgrund der Anzahl der betroffenen Kinder erfolge. An 11 Grundschulen in NRW an denen mindestens 20 Kinder der betreffenden Bekenntniszugehörigkeit unterrichtet werden, sei der Schulversuch eingeführt worden. In 2016 habe es in Brake 40 Kinder mit Zugehörigkeit zur Mennonitischen Brüdergemeinde an der Grundschule gegeben. Für die Anfertigung zusätzlicher Berichte gebe es keine Kompensation, es müsse wie in anderen Bereichen auch, lediglich ein Bericht am Ende des Schuljahres erstellt werden.

Herr Dr. Elsner betont, dass aus seiner Sicht die Mehrarbeit für die Schulen berücksichtigt werden müsste.

Herr Buncher erklärt, dass dies in der Verantwortung der Schulen liege.

Herr Sprenger (Grundschule Brake) berichtet, dass die Schule sich im zweiten Jahr des Schulversuches befinde und in diesem Schuljahr insgesamt 36 Kinder an dem mennonitischen Religionsunterricht teilnehmen. Es werden jeweils die Kinder der ersten und zweiten Klassen und der dritten und vierten Klassen gemeinsam unterrichtet. Aufgrund von Schulwechsellern werden im kommenden Schuljahr insgesamt noch 26 Kinder an dem Unterricht teilnehmen. Am Anfang des Versuches fand der Unterricht einmal wöchentlich in der 6. und 7. Schulstunde statt, dies führte zu einer zu hohen Belastung der Kinder, so dass seit diesem Schuljahr der Unterricht zweimal wöchentlich jeweils in der 6. Schulstunde geleistet werde. An der Grundschule Brake gebe es zwei Lehrkräfte der Brüdergemeinde für den Unterricht. Diese werden fortlaufend qualifiziert, nehmen an den pädagogischen Tagen der Schule teil und seien in den Fachkonferenzen vertreten. Es könne noch keine Prognose abgegeben werden, ob der mennonitische Religionsunterricht über 2021 hinaus geleistet werde.

Herr Buncher ergänzt, dass der Schulversuch kein Sonderweg, sondern der normale Prozess bei der Einführung von neuen Schulfächern sei.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fragt, ob Veränderungen bezogen auf die räumliche Situation nötig seien.

Herr Sprenger erklärt, dass der Unterricht, genauso wie anderer Religionsunterricht in den Randstunden stattfinde und dadurch die Klassen nicht mehr so stark ausgelastet seien. Wenn die Kinder an den entsprechenden Tagen regulär nur vier Stunden Unterricht haben, wird die Überbrückung und Aufsicht in der 5. Stunde von den Eltern der Kinder geleistet.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bedankt sich für die ausführlichen Informationen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 11 *

Zu Punkt 12

Rückbau und Aufgabe eines Grünzugweges zwischen der Straße Lübrasser Weg und dem Ölteich

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6414/2014-2020

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen beschließt einen wassergebundenen Weg zwischen der Straße Lübrasser Weg und dem Ölteich innerhalb der städtischen Grünanlage Ölteich Heepen dauerhaft aufzugeben. Die Wegefläche wird zurückgebaut und eingesät. Die Mahd erfolgt entsprechend den umliegenden Wiesenflächen. Die Bänke und Abfallbehälter werden abgebaut und an sinnvollen Standorten im Grünzug wieder aufgestellt.

Durch die Änderung der Pflegeeinheiten ergibt sich eine Aufwandsminderung in den Pflegeplänen in Höhe von 707 € / Jahr.

- einstimmig beschlossen –

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 12 *

-.-.-

Zu Punkt 13

Information über das Bauprogramm 2018 - 2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6196/2014-2020

Herr Skarabis erklärt, dass die vorliegende Liste nicht alle Maßnahmen enthalte, sondern nur die wesentlichen Maßnahmen mit einer besonderen Verkehrsbelastung. Insgesamt seien 420 Maßnahmen geplant, die auch alle im Bezirk priorisierten Maßnahmen enthalten. Drei der hier aufgeführten Maßnahmen seien bisher nicht im Bezirk vorgestellt worden. Die Nummer 44 „Salzufler Straße“ sei eine Maßnahme der Stadtwerke, die Nummer 42 „Rabenhof“ gehöre zu den INSEK-Maßnahmen und die Nummer 37 „Oldentruper Straße“ sei eine Kanalbaumaßnahme, bei der eine neue Fahrbahndecke geplant werde, da die Straße dann sowieso aufgerissen werden müsste. Sollte sich in dem Zuge eine Querschnittsveränderung ergeben, werde die Bezirksvertretung beteiligt.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) weist darauf hin, dass die Baustellkoordination eine große Bedeutung habe. Wenn zum Beispiel die Maßnahme in der Heeper Straße länger als geplant dauern würde, gehe er davon aus, dass die Maßnahme Oldentruper Straße später statfinde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 13 *

-.-.-

Zu Punkt 14

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Bezirksbürgermeister Sternbacher fragt nach dem Sachstand des Beschlusses zur Überarbeitung des Geländes der Ernst-Hansen-Schule (Drucksachen-Nr. 6062/2014-2020).

Herr Skarabis erklärt, dass die Schulleitung die gefassten Beschlüsse mit der Bitte erhalten habe, diese an die Schülerinnen und Schüler weiterzuleiten und gemeinsam erste Ideen zu entwickeln. Anschließend könne dann ein Ortstermin unter Beteiligung der Politik, der Verwaltung und der Schule erfolgen.

Frau Kreye (Bündnis 90/Die Grünen) ergänzt, dass in der folgenden Woche ein Treffen zwischen den Schülerinnen und Schülern und der Schulleitung stattfinde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis -

* BV Heepen – 12.04.2018 - öffentlich – TOP 14 *

-.-.-